

KURZ UND PRÄGNANT

Keine Reform ohne Landesverwaltungsamt

„Jede Behördenreform, die am Landesverwaltungsamt spurlos vorübergeht, bleibt Stückwerk“, sagt Frank Kuschel, Sprecher für Kommunalpolitik der Linksfraktion, mit Blick auf Meldungen, wonach sich die Landesregierung vorerst davon verabschiedet habe, das Landesverwaltungsamt umfassend zu reformieren. Die LINKE fordert seit langem eine Behördenreform, gekoppelt an eine Gebietsreform. Zentrale Riesenbehörden sollen aufgelöst und die Aufgaben auf die kommunale Ebene verlagert werden. Damit könnten nicht nur Kosten eingespart werden, sondern die Behördenmitarbeiter könnten die Probleme vor Ort bearbeiten. Dies setzt aber leistungsfähige kommunale Strukturen voraus.

Die größte Baustelle einer solchen Reform ist das Landesverwaltungsamt. Es arbeitet intransparent, bürgerfern und ist demokratisch kaum kontrollierbar. Diese Monsterbehörde muss abgeschafft werden, wie es auch die Linksfraktion im Rahmen einer umfassenden Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform vorschlägt. Nach Einschätzung des LINKE-Politikers habe sich die Landesregierung bisher eine Reform vorbehalten, da die Stelle des Behördenchefs seit mehr als einem Jahr unbesetzt ist. ■

„Politische Beamte“

Die Thüringer Landesregierung wird aktiv - lehnt LINKE Alternativmodelle aber ab

Die Landesregierung hatte in beiden Lesungen des Gesetzentwurfs der LINKE-Fraktion zur Abschaffung der sogenannten „politischen Beamten“ – die schon vor Erreichen der Altersgrenze ohne Angabe von Gründen in den vorzeitigen Ruhestand mit entsprechenden Bezügen geschickt werden können – angekündigt, dass die CDU/SPD-Koalition die Frage der Abschaffung von Doppelbezügen für Beamte als auch die Reduzierung der Anzahl der politischen Beamten in Thüringen zur Zeit im Finanz- bzw. Innenministerium prüfen lässt.

Auch mit Blick darauf stellte Knut Korschewsky, Abgeordneter der LINKE-Fraktion, in der Landtagsdebatte fest, „dass Links mittlerweile doch schon gewirkt hat, auch wenn bisher die Debatte zu unserem Gesetzentwurf nicht geführt worden ist...“ Mit der „fehlenden Debatte“ kritisierte er die Tatsache, dass die Landtagsmehrheit den LINKE-Gesetzentwurf nach der ersten Lesung nicht in die Fachausschüsse überwiesen hatte. Auch ein erneuter Antrag der LINKEN dazu scheiterte. Der SPD-Redner sprach von bloßen „Showeffekten“ und betonte, „es gibt gute Gründe für den Status des politischen Beamten. Durch ihn wird sichergestellt, dass in Schlüsselpositionen die Zahnräder zwischen Politik und Verwaltung ineinander greifen. Durch die politischen Beamten wird auch das Handeln der Behörden demokratisch legitimiert. Deshalb lehnen wir den

vorliegenden Gesetzentwurf ab“. Dem ist entgegenzuhalten, dass alle Beamten in ihrem Handeln demokratisch legitimiert sein müssen, nicht nur die so genannten „politischen Beamten“, und dass alle Beamten durch Übergabe einer Ernennungsurkunde die Legitimation für ihr (hoheitliches) Handeln erhalten. Zur Begründung der weitreichenden LINKE-Position sagte Knut Korschewsky: „Es gibt keinen sachlichen Grund, der zwingend belegt, dass es die politischen Beamten geben müsste. Hinzu kommt das Problem, dass es in Thüringen in der Liste des § 48 Beamtenengesetz Funktionen gibt, die nach der oben zitierten Definition des Bundesverfassungsgerichts nicht dazu gehören“.

Abschaffung löst Problem der Früh- und Doppelpersorgung

Hier sind vor allem die Behördenleiterstellen, wie z.B. der Präsident der Landespolizeidirektion, zu nennen, für die es nach Ansicht der LINKEN nach demokratischen Prinzipien und dem für das Behördenhandeln geltenden Allgemeinwohlprinzip gerade keinen personellen „Direktzugriff“ der Regierungsebene geben darf.

Als alternatives Modell sieht der LINKE-Entwurf für bestimmte Stellen die Vergabe an Lebenszeitbeamte vor, allerdings auf eine bestimmte Zeit befristet. Der Innenminister hatte bestritten, dass ein solches „Rotationsprinzip“ zulässig sei. Das entkräftete Knut Korschewsky mit Verweis darauf, dass

schon jetzt bei „normalen“ Versetzungen während der Beamtenzeit eine befristete Übernahme von Aufgaben zulässig ist – anders als in dem LINKE-Modell, das sogar eine gesetzliche Regelung zur Befristung vorsieht. Außerdem ist zur Begründung des „Rotationsmodells“ auf die im Grundgesetz verankerte „Fortentwicklungsklausel“ für den öffentlichen Dienst zu verweisen, die solche neuen Modelle ausdrücklich erlaubt.

Die Stärkung der Beauftragten, wie z.B. des Landesbehindertenbeauftragten oder der Landesgleichstellungsbeauftragten – gewählt vom Landtag und als Anlauf- und Ombudsstelle mit starken Befugnissen, wie einem Beanstandungsrecht bei Feststellung von Verstößen und Mängeln – wird von der Landtagsmehrheit skeptisch gesehen. Die LINKE ist aber der Meinung, dass nur eine solche Stärkung der Beauftragtenstellen deren wirksame Arbeit auch im Sinne des praktischen Schutzes von Einwohnerrechten und -interessen sicherstellen kann. Als reine „Repräsentationsfunktionen“ werden solche Beauftragten nicht gebraucht. Die Staatssekretäre sollen nach Ansicht der LINKEN wegen der Vergleichbarkeit der Aufgaben auch formal in die Landesregierung einbezogen werden.

LINKE streicht Möglichkeit der vorgezogenen Rente

Nach Ansicht der Linksfraktion ist es aber entgegen der CDU-Auffassung dann nicht notwendig, weitere Beamtenstellen in den Ministerien zu schaffen. „Die Arbeit wird durch den formalen Zuordnungswechsel nicht mehr“, wie Knut Korschewsky betonte. Der Gesetzesvorschlag zur Abschaffung des „politischen Beamten“ hat noch eine wichtige „Nebenwirkung“: Damit entfällt auch die Möglichkeit, vorzeitig, d.h. vor Erreichen der Altersgrenze, schon mit Bezügen in den Ruhestand zu gehen. Der LINKE-Entwurf streicht diese Möglichkeit der „vorgezogenen Rente“ für alle Mitglieder der Landesregierung, also auch die Minister. Gibt es andere Bezüge – wie z.B. „Übergangsgeld“ – nach Ausscheiden aus dem Amt, dann werden alle anderen Einkünfte auf solche Leistungen aus öffentlichen Kassen angerechnet. Wer seinen Lebensunterhalt anderweitig bestreiten kann, braucht keine Versorgungsbezüge aus öffentlichen Kassen. Damit bewegt sich die LINKE auf der Linie von Gerichtsentscheidungen, die eindeutig ein Verbot der so genannten „Doppelalimentierung“ festlegen.

Der Themenvorstoß hat mit der Ablehnung des Gesetzentwurfs durch die Landtagsmehrheit aber nur ein vorläufiges Ende gefunden. Sollte die Koalition – wie angekündigt – nach ihrer Prüfung eigene Regelungsvorschläge einbringen, wird dem die LINKE ihre inhaltlichen Alternativen wieder entgegenstellen.

Stefan Wogawa

Sandra Steck

„Einmalige Ermittlungsdichte gegen eine Landesregierung“

Christine Lieberknecht (CDU) im freien Fall: Nahezu im Wochentakt lähmen neue Skandale die von ihr geführte CDU-SPD-Landesregierung in Thüringen immer stärker. Diesmal ist ein früherer Staatskanzleiminister von Betrugs-Ermittlungen betroffen. Besonders peinlich: es geht wieder um den Vorwurf der Selbstbedienungsmentalität von Regierungsmitgliedern, erneut ist das direkte Umfeld der Ministerpräsidentin betroffen. Die Linksfraktion fordert Neuwahlen.

Die Staatsanwaltschaft Erfurt ermittelt demnach auch gegen Jürgen Schöning wegen des Verdachts des Betrugs. Er soll zusätzlich zu seinem Ministergehalt Pensionszahlungen als früherer Beamter bezogen haben. Schöning, vorher Direktor beim Landtag von Schleswig-Holstein in Kiel, war im Dezember 2009 von Lieberknecht als Chef der Staatskanzlei und Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten berufen worden.

Entlassen wurde er bereits nach einem Jahr während eines Umbaus der Landesregierung. Während seiner

**Neuwahlen
in Thüringen jetzt!**

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

Amtszeit bezog Schöning neben dem Ministergehalt von 141.000 Euro auch noch etwa 92.000 Euro an Pensionszahlungen. Das Land Thüringen hätte sein Ministergehalt um die Pension kürzen müssen. Unterschiedliche Darstellungen gibt es derzeit noch zu der Frage, ob Schöning die Thüringer Landesfinanzdirektion über die Pensionszahlungen informiert hatte. Gegen eine Rückzahlungsforderung von 2012 hat Schöning geklagt.

Bodo Ramelow, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag, hat angekündigt, die Personalführung der Landesregierung zum Thema im Parlament zu machen. „Die staatsanwaltliche Ermittlungsdichte gegen eine Landesregierung ist wohl deutschlandweit einmalig“, kritisiert Ramelow, der erneut eine Anfrage an

die Landesregierung gerichtet hat, um das zunehmend dubioser wirkende Zahlungsdickicht und ein mutmaßliches „Organisationsversagen“ aufzuklären. Gleichzeitig verweist der Fraktionsvorsitzende auf die Notwendigkeit von Konsequenzen.

„Diese Koalition ist am Ende, sie sollte sich endlich dazu bekennen“, betont Ramelow. Er fordert Lieberknecht auf, im Landtag die Vertrauensfrage zu stellen und damit den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Die „sofortige Rückkehr zur Sacharbeit und zur Not auch Neuwahlen“ legt auch der Bundesverband Mittelständische Wirtschaft der Landesregierung nahe.

Medienberichte verweisen darauf, dass der Fall Schöning dem von Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) ähnlich sei, der über Jahre hinweg neben seinem Ministergehalt Ruhestandsbezüge als früherer Staatssekretär im Bundesumweltministerium bezog. Wohl deshalb schweigen die Sozialdemokraten zu dem neuen Skandal.